



Entscheidung zur Umorganisation in der Landespolizei:

„Es bleibt ein politischer Fehler“

KIEL. „Die Darstellungen in der heutigen Landespressekonferenz, dass die „Präsenz der Wasserschutzpolizei erhalten beliebt“, kann nicht stimmen, denn aus weniger wird nicht mehr“, so die Reaktion des Stellvertretenden GdP-Landesvorsitzender Torsten Jäger. Der gravierende Eingriff in die Organisation der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein ist bedauernswerte Konsequenz der politischen Entscheidungen zu Stellenkürzungen in der Landespolizei.

Wasserschutzpolizeilicher Sachverstand geht verloren, Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung rund ums Boot, zentrale Gefahrgutauskunft, gravierende Umweltschutzaufgaben, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit gehen auf andere ohnehin schon hochbelastete Polizisten über und werden wohl zwangsläufig an Wert verlieren. Einen positiven Lichtblick sieht die GdP im Erhalt der wasserschutzpolizeilichen Präsenz in Büsum und Heiligenhafen. Leider geht der Standort Rendsburg mit dem viertgrößten Landeshafen wie auch viele andere verloren!

Die GdP begrüßt den Verzicht auf **Stellenkürzungen** im Bereich der spezialisierten **Verkehrsüberwachung** als richtige Entscheidung.

Die Nichtreduzierung von **Einstellungszahlen** in 2015 und 45 Mehreinstellungen in 2016 sind in Anbetracht der zunehmenden Konkurrenz bei der Nachwuchsgewinnung, zunehmenden polizeilichen Aufgaben, höheren Krankheitszahlen und Belastungssituationen bei steigendem Durchschnittsalter in der Landespolizei richtige Entscheidungen.

Der Landtag hat mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen beschlossen, dass **neue Aufgaben** der Landespolizei mit **neuen Stellen** zu hinterlegen sind.

Die **Aufnahme von Flüchtlingen** in einer Willkommenskultur bedeutet auch zu deren Schutz und Miteinander zusätzliche polizeiliche Aufgaben. Hierzu sind in einem ersten Schritt 46 neue notwendige Stellen errechnet. Diese Stellen müssen neu geschaffen werden.

Torsten Jäger: „Stellenabbau in der Landespolizei ist eine falsche Entscheidung!“

Der Landesvorstand

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de, 9. Juli 2015 - Nr. 46